

# Diplomatie mit Bomben



Der UN-Sicherheitsrat, die EU-Außenminister, selbst Russland sieht jetzt Bedarf für neue Gespräche über Syrien. Zuvor hatten die USA, Großbritannien und Frankreich das Land mit Raketen attackiert, um die Produktionsstätten von Chemiewaffen zu zerstören

3

Lichtspuren von Abwehrraketen über Damaskus: Nach syrischen Angaben haben sie US-Raketen abgeschossen, laut USA wurde das Ziel verfehlt  
Foto: Hassan Ammarprivat/rap

## VERBOTEN

Guten Tag, meine Damen und Herren!

Das Gesundheitsministerium von Jens Spahn (CDU) hat die norddeutschen Bundesländer vor der Einführung eines neuen Feiertags gewarnt, weil damit die Beiträge zur Pflegeversicherung steigen würden. Ein Staatssekretär des Ministers bat die Länder um „Erläuterung, wie die angestrebte dauerhafte Entlastung der Arbeitgeber“ bestehen bleiben sollte. Dabei liegt das auf der Hand: Das Ministerium streicht einfach alle Feiertage. Dann schufteten sich Angestellte und Arbeiter rechtzeitig tot, niemand muss mehr gepflegt werden, und die so gepflegten Arbeitgeber können sich

ihre Beiträge komplett spahn.

Kommentar von **Andreas Zumach** über die Bombardierung Syriens

## Verlogen und gegen das Völkerrecht

Die Reaktionen deutscher Regierungspolitiker auf die eindeutig völkerrechtswidrigen Militärschläge der USA, Frankreichs und Großbritanniens gegen Syrien sind verlogen, hilflos und feige. Es ist gut möglich, dass die syrischen Streitkräfte in Douma tatsächlich verbotene chemische Kampfstoffe wie Sarin oder zumindest hochkonzentriertes Chlor gegen die Bevölkerung eingesetzt haben. Es ist aber auch gut möglich, dass eine Rebellengruppe für den Einsatz verantwortlich war.

Für beide Varianten gibt es aus den vergangenen sieben Jahren des Syrienkrieges mehrere Fälle, die durch eine Untersuchung der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) eindeutig bewiesen wurden. Im konkreten Fall wurde die am Wochenende angelaufene Untersuchung der OPCW von den drei Nato-Staaten erst gar nicht abgewartet. Die die Militärschläge

rechtfertigende Erklärung von Bundeskanzlerin Merkel, Russland habe diese Untersuchung blockiert, ist schlicht falsch. Im Übrigen hätten die drei Nato-Staaten die behaupteten Erkenntnisse ihrer Geheimdienste über die am Samstag angegriffenen angeblichen Forschungs-, Produktions- und Lagerstätten für Chemiewaffen nach den Bestimmungen des Verbotsabkommens längst der OPCW melden müssen.

Selbst wenn eine UNO-Untersuchung eindeutig die Täterschaft der syrischen Regierung beweisen würde, wäre ein Militärschlag ohne das von der UNO-Charta zwingend vorgeschriebene Mandat des Sicherheitsrates völkerrechtswidrig. Verteidigungsministerin von der Leyen versucht, den Angriff hingegen damit zu rechtfertigen, dass hier drei ständige Mitglieder des Sicherheitsrates gehandelt hätten. Wer so schwadroniert, dem ist das Völkerrecht offensichtlich völlig egal.

Der Vorschlag von Bundesaußenminister Maas, nach den Bomben jetzt ein „internationales Format einflussreicher Staaten“ einzusetzen, um den politischen Prozess zur Lösung des Syrien-Konflikts im Rahmen der UNO voranzubringen, ist hilflos. Dieses Format gibt es längst, ebenso wie den von Maas vorgeschlagenen Verhandlungsplan mit den Schritten Waffenstillstand, Übergangsregierung, neue Verfassung und Wahlen. Richtig und teilweise neu ist allerdings die Forderung des Bundesaußenministers, endlich alle Notleidenden Menschen in Syrien humanitär zu versorgen sowie eventuell noch vorhandene Chemiewaffen unter Überwachung der UNO zu zerstören. Doch sollte Maas dann auch sagen, wie das allenfalls durchzusetzen wäre: nicht durch westliche Militärschläge, sondern nur durch eine vom UNO-Sicherheitsrat unter Zustimmung aller fünf Vetomächte mandatierte robuste Blauhelmtruppe.

Die taz wird ermöglicht durch

**17.723**

GenossInnen, die in die Pressevielfalt investieren. Infos unter [geno@taz.de](mailto:geno@taz.de) oder 030 | 25 90 22 13

Aboservice: 030 | 25 90 25 90  
fax 030 | 25 90 26 80  
[abomail@taz.de](mailto:abomail@taz.de)

Anzeigen: 030 | 25 902 -130 / -325  
[anzeigen@taz.de](mailto:anzeigen@taz.de)

Kleinanzeigen: 030 | 25 90 22 22  
[kleinanzeig@taz.de](mailto:kleinanzeig@taz.de)

taz Shop: 030 | 25 90 21 38

Redaktion: 030 | 259 02-0  
fax 030 | 251 51 30, [briefe@taz.de](mailto:briefe@taz.de)

taz  
Postfach 610229, 10923 Berlin  
[twitter.com/tazgezwitscher](https://twitter.com/tazgezwitscher)  
[facebook.com/tazkommune](https://facebook.com/tazkommune)

[www.taz.de](http://www.taz.de)

Ausgabe Berlin  
Nr. 11604  
€ 2,10 Ausland  
€ 1,60 Deutschland  
4 190254 801600  
1 0 6 1 6

**Energiewende**  
Naturstrom-Vorstand:  
Ökostrom-Akteuren wird es schwer gemacht  
9

**Netzwerk AfD**  
„Konservative fallen wie Dominosteine“, sagt der Sozialethiker Andreas Püttmann  
7

**Ein Wisent steht im Walde**  
Europas größter Urwald steht in Polen. Die Regierung will dort mehr Holz schlagen lassen. Naturschützer sind vehement dagegen. Der Europäische Gerichtshof muss entscheiden. Eine Waldführung  
4, 5

**#**

**#widersetzen**  
von Katja Gendikova

6, 12